



EMERGENCY RESOLUTION EPPW CONGRESS MUNICH, 30th October 2015

Flüchtlings – und Asylpolitik

1. Im Umgang mit der Flüchtlingskrise darf das Wort „Solidarität“ nicht nur im nationalen Interesse gebraucht werden: Solidarität ist ein tragender Grundwert der EU! Wir fordern deshalb jeden Mitgliedsstaat auf, sich gemäß seiner Größe und seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten angemessen an der Aufnahme von Flüchtlingen zu beteiligen. Lastenverteilung ist unumgänglich um die schweren Herausforderungen zu meistern und die gemeinsam erarbeiteten europäischen Grundwerte in der Krise zu beweisen. Mangelnde Solidarität stellt die europäische Idee insgesamt in Frage und bedeutet in der Konsequenz ein großes Risiko für jeden einzelnen Mitgliedsstaat.

2. Der 17 Punkte Plan des Balkangipfels muss unverzüglich umgesetzt werden.

3. Griechenland und Italien benötigen sofortige und umfangreiche Hilfe um die große Herausforderungen der Registrierung ankommender Flüchtlinge sowie die Organisation der Weiterverteilung in Europa gemäß den geltenden Regelungen meistern zu können.

4. Die Türkei, als unser Partner in der NATO und direkter geographischer Nachbar muss zeitnah unterstützt werden um weiterhin die humanitäre Versorgung der bereits anwesenden und weiterhin ankommenden Flüchtlinge leisten zu können. Alle dort bleibenden Flüchtlinge müssen sich in den von der Türkei gestellten Aufnahmekapazitäten so sicher fühlen, dass Sie die lebensbedrohlichen Fluchtrouten über das Mittelmeer nicht suchen und sich nicht der Gewalt krimineller Schlepperbanden ausliefern.

5. Für den Anspruch auf Asyl müssen neue Systeme installiert werden. Die sogenannten „HotSpot Fazilitäten“ müssen schnellstmöglich in Europa und auch außerhalb von Europa in die Praxis umgesetzt werden. Es müssen effektive Möglichkeiten zur Einreichung eines Asylgesuches bei Botschaften und konsularischen Vertretungen außerhalb Europas geschaffen werden.

6. Die unterschiedlichen Regelungen zum Recht auf Asyl in Europa und den einzelnen Mitgliedsstaaten müssen ebenso wie die begrenzenden Gesetze bei Migrationsfragen in einer verständlichen globalen Kampagne bekannt gemacht werden. Inhalt dieser Kampagne muss es auch sein, die unmittelbaren rechtlichen und praktischen Konsequenzen für all jene die den Kriterien als anerkannte Flüchtlinge nicht unmissverständlich darzustellen. Diese Kriterien und die daraus resultierenden Konsequenzen sind von allen Mitgliedsstaaten zu beachten und sofort und

konsequent umzusetzen. Hier steht die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit Europas und insbesondere unserer europäischen Gesetzgebung auf dem Spiel!

7. Die derzeitige Krise ist von globaler Natur und kann nur in engster Zusammenarbeit zwischen der EU und dem UNHCR gelöst werden. Die Vereinigten Staaten, Russland und die Staatengemeinschaft der arabischen Halbinsel müssen die Last dieser Krise partnerschaftlich mittragen um die Stabilität Europas und damit die Balance und Sicherheit aller benachbarten Regionen zu sichern.

8. In den Asylverfahren sollten Kinder, Frauen und Familien vorrangig behandelt werden.

9. Die Ursachen der großen Flucht - und Migrationsbewegungen müssen konzentriert erforscht und dauerhaft beobachtet werden. Für Regionen deren politische Instabilität jahrelang bekannt ist, muss mit neuen, dauerhaften Ansätzen nach geopolitischen Lösungen gesucht werden.

10. Die Situation in den Balkanstaaten bedarf der besonderen Aufmerksamkeit. Schwache Regierungen, unzuverlässige und funktionsuntüchtige Institutionen sowie mangelnde politische Ordnung können unter dem Druck der Flüchtlingskrise zu schwerwiegenden Unruhen auf dem Balkan führen.